

Wie versuchen diese Gruppen neue Mitglieder zu gewinnen?

Beide Gruppen versuchen, sowohl über persönliche Begegnungen als auch online neue Sympathisant:innen zu werben. Dies geschieht insbesondere über Demonstrationen, die meist in Relation zu Gesehnissen in den jeweiligen Bezugsländern stehen. Außerdem dienen die örtlichen Vereinsräumlichkeiten den Organisationen als Treffpunkt und Anlaufstelle.

Darüber hinaus wird versucht, über verschiedene Social-Media-Kanäle Anhänger:innen jenseits des bereits bestehenden Kernklientels zu erreichen. Hierbei passen sie ihre Propaganda an ihre jeweiligen Zielgruppen an, verwenden ihre klassische Symbolik mit hohem Wiedererkennungswert und verbreiten ihrer Ideologie entsprechende Stereotype. Insbesondere die PKK versucht über ihre eigenen Medien und Medienunternehmen ihren Alleinvertretungsanspruch kurdischer Interessen zu manifestieren.

Ihrer potentiellen Anhängerschaft vermitteln sie über diese Möglichkeiten ein Überlegenheitsgefühl (insb. „Ülkücü“) bzw. die Idee des Kampfes für eine kurdische Autonomie (insb. PKK).



Demonstration von Anhänger:innen der PKK

Was mache ich, wenn sich jemand in meiner Umgebung möglicherweise radikalisiert?

Verdächtige Wahrnehmungen können dem Landesamt für Verfassungsschutz Bremen unter der Telefonnummer

0421 53 77-250

mitgeteilt werden.

Die Informationen können Sie unter der oben genannten Rufnummer rund um die Uhr auch anonym übermitteln. Selbstverständlich werden Ihre Hinweise vertraulich behandelt. Der Verfassungsschutz unterliegt nicht, wie die Polizei und die Staatsanwaltschaft, einem Strafverfolgungszwang.

Das LfV arbeitet eng mit den bremischen Präventionsangeboten im Kontext von Extremismus zusammen und kann bei Bedarf weitervermitteln.

Wo finde ich weiterführende Informationen zum Thema auslandsbezogener Extremismus?

Detaillierte Informationen finden sich im Bremer Verfassungsschutzbericht unter:

www.verfassungsschutz.bremen.de

Des Weiteren steht das Landesamt für Verfassungsschutz für Rückfragen und Vortragsanfragen jederzeit unter folgenden Kontaktdaten zur Verfügung:

Telefon: 0421 53 77-0

E-Mail: office@lfv.bremen.de

Vi.S.d.P.:

Der Senator für Inneres und Sport
Landesamt für Verfassungsschutz
Contrescarpe 22-24
28203 Bremen

Fotos: LfV, picture alliance

Druck: AlsterWerk MedienService GmbH, Hamburg



AUSLANDSBEZOGENER EXTREMISMUS

THEMENHEFT VOM LANDESAMT
FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

Was ist auslandsbezogener Extremismus?

Die extremistischen Organisationen mit Auslandsbezug in Deutschland sind **stark von Ereignissen und Entwicklungen in ihren Herkunftsländern abhängig**. Im Gegensatz zu islamistischen Organisationen orientieren sie sich überwiegend **nicht** an einer religiös-politischen Weltanschauung, sondern an weltlichen, **politischen Ideologien**, auch wenn in Einzelfällen eine gewisse Nähe zu religiösen Anschauungen bestehen kann.

Die Zielrichtungen von extremistischen Organisationen mit Auslandsbezug lassen sich im Wesentlichen in **linksextremistische, nationalistische bis nationalistisch-religiöse und ethnisch motivierte** Autonomie- und Unabhängigkeitsbestrebungen unterteilen.

Welche Strömungen gibt es im auslandsbezogenen Extremismus?

Aufgrund ihrer Größe sind in Deutschland und Bremen die kurdische „**Arbeiterpartei Kurdistans**“ (PKK) sowie die türkische „**Ülkücü-Bewegung**“, auch bekannt als „**Graue Wölfe**“ (türkisch Bozkurtlar), von besonderer Bedeutung.

Die PKK unterliegt in Deutschland **seit 1993 einem Betätigungsverbot** und wird seit 2002 zudem auf der **EU-Terrorliste** geführt. Trotz des Verbots sind ihre Anhänger:innen in Deutschland weiterhin äußerst aktiv.



Abbildung des PKK-Führers Abdullah Öcalan

Teile der „**Grauen Wölfe**“ stehen in engem Kontakt zu der extrem nationalistischen türkischen „**Partei der Nationalistischen Bewegung**“ (MHP) und sind in Deutschland vor allem in verschiedenen Vereinen organisiert.



Symboliken der Grauen Wölfe



Warum werden diese Organisationen vom Verfassungsschutz beobachtet?

Zu den Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz gehört die Beobachtung von Bestrebungen, die auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland durch Gewalt gefährden. Dies ist gegeben, wenn ausländische Gruppierungen von hier aus **gewaltsame Aktionen im Heimatstaat unterstützen**, etwa durch Aufrufe zur Gewalt oder durch logistisch-finanzielle Hilfe.

Die freiheitliche demokratische Grundordnung wird durch auslandsbezogene extremistische Bestrebungen gefährdet, wenn Kaderstrukturen beabsichtigen, demokratische Grundregeln in Deutschland außer Kraft zu setzen bzw. **demokratische Strukturen gezielt zu unterwandern**, um ihre Positionen in den politischen Willensbildungsprozess einzubringen.

Was genau ist die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ und inwiefern verstößt der auslandsbezogene Extremismus dagegen?

Die im **Grundgesetz** verankerte freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO) umfasst die zentralen, für den demokratischen Verfassungsstaat konstituierenden Grundprinzipien. Hierzu gehören die Garantie der Menschenwürde, das Demokratieprinzip und das Rechtsstaatsprinzip.



1. Garantie der Menschenwürde

Türkisch rechtsextreme, zu der „Ülkücü“-Bewegung gehörende, Organisationen sehen Menschen mit nicht-türkischem Hintergrund als nicht gleichwertig an. Es kommt daher immer wieder zu **gewaltsamen Übergriffen** durch „Ülkücü“-Anhänger:innen auf ethnische Minderheiten und politische Gegner:innen in der Türkei und bisweilen auch in Deutschland.

Die PKK nimmt indes durch die im Zuge ihres **Guerillakampfes** gegen den türkischen Staat erfolgten Anschläge den Tod unschuldiger Zivilisten billigend in Kauf.

2. Demokratieprinzip

Die „Ülkücü“-Ideologie basiert auf **ultra-nationalistischen, rassistischen** und aufgrund ihres Führerkultes **totalitären** Elementen und ist in der Gesamtschau antidemokratisch.

Die Strukturen der PKK sind entgegen eigener Verlautbarungen in wesentlichen Teilen **undemokratisch** und basieren auf einer **hierarchisch organisierten Kaderstruktur**.

3. Rechtsstaatsprinzip

Beide Organisationen haben teilweise Konfliktlösungsmechanismen etabliert, die die staatlichen Instanzen ersetzen sollen. Das Rechtsstaatsprinzip wird durch das Etablieren einer „**Paralleljustiz**“ unterlaufen.